zuführen, wie sie mit den Sprachenverordnungen heraufbeschworen wurden.

Ihnen allen, den Todfeinden des Volksparlaments, hat das Votum der Sozialdemokraten ein für allemal einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. Fürderhin weiß jedermann, daß die Sozialdemokraten stets wachsam und bereit sind und selbst vor einer unangenehmen Abstimmung nicht zurückschrecken, wenn es gilt, das gleiche Wahlrecht zu schützen und den Absolutismus des § 14 fernzuhalten. In der Sache ist ja nicht mehr geschehen als das Selbstverständliche — was in jedem anderen Parlament geschieht —, daß die Vorlage zur Verhandlung kommt. Muß zu diesem Zwecke in Oesterreich erst ein Dringlichkeitsantrag eingebracht und der Gesetzentwurf in Form der Dringlichkeit über die verrammelte Tagesordnung hinüberstolpiert werden, so leiden wir da eben unter den Folgekrankheiten des alten Parlamentsjammers, der aus dem verseuchten Kartenhause in das Volkshaus hinüberwirkt. Aber zur Gesundung, zur Erkräftigung der Parlamentsmacht ist jetzt der entscheidende Schritt geschehen! Es ist viel Wahres an den Worten, die der Abgeordnete Lecher, derjenige unter den Deutschliberalen, der am kräftigsten für das gleiche Wahlrecht gewirkt hat, am Dienstag sagte: „Der Zustand der politischen Mannesschwäche hat sich Gott sei Dank gebessert durch die Radikalkur des allgemeinen Wahlrechts und durch das System der parlamentarischen Ministerien. . . . Man hat es bezüglich des Ausgleichs zuerst mit den Grafen probiert: Graf Badeni und Graf Thun. Aber die Aristokratie war impotent. Dann hat man es mit Beamten versucht: Körber ist gekommen. Aber auch die Bureaukratie war impotent. Endlich hat man sich an die Demokratie gewendet und man hat den Ausgleich."

•

Wien, 11. Dezember. Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten Generaldebatte über die Ausgleichsvorlagen trat die Mehrzahl der Redner für den Ausgleich ein. Wassilko erklärte, die Ruthenen stünden auf dem Standpunkte der Nationalautonomie und könnten, solange sie in Galizien nicht nach Gesetz und Recht behandelt würden, nicht für den Ausgleich stimmen, der keine Staatsnotwendigkeit, sondern nur ein Wunsch der Krone sei, im übrigen aber nicht im Interesse der Dynastie liege. Glombinski betonte, der Polenklub werde für den Ausgleich stimmen. Der Redner erklärte, seine Partei werde daran festhalten, daß ein wirtschaftlich und politisch starkes, in internationalen Beziehungen mitentscheidendes und eingreifendes Oesterreich nicht bloß für die Entwicklung seiner Völker, sondern für ganz Europa unentbehrlich sei. Abg. Fürst Auersperg spricht sich für die Ablehnung des Ausgleiches aus, da er wesentliche Forderungen der Agrarier unerfüllt lasse.

Deutsches Reich.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

In der Sitzung der Budgetkommission vom Mittwoch kamen hauptsächlich folgende Gegenstände zur Sprache: Die Erhöhung der Lebensmittelpreise findet im Marineetat ebenfalls ihren Ausdruck in höheren Forderungen für die Verpflegungssätze. Für die Erhöhung der Tafelgelder für Fähnriche, Seekadetten, sowie für die Kommandanten und Offiziersmessen sind bedeutende Summen vorgesehen. Für diesen Zweck, sowie für erhöhte Zulagen, wird fast eine Million Mark mehr gefordert. Für die Schiffsverpflegung der Mannschaft werden 1 907 200 M. mehr gefordert. Für die Mannschaftsverpflegung und für die Verpflegung der Fähnriche und Kadetten sind schon in den vorhergegangenen Jahren größere Beträge pro Kopf ausgegeben worden, als bewilligt waren. Admiral Kapelle erklärte, dazu sei die Verwaltung gezwungen worden, weil sie mit Eingaben aus der Front förmlich überschüttet worden, in denen es hieß, die Mannschaft werde nicht mehr satt. Die Ausgaben für die Offiziersmessen zu erhöhen, hat man nicht ohne vorherige Zustimmung des Reichstages gewagt. Bei der sonstigen Naturalverpflegung ist allein beim Brotgeld eine Erhöhung um 117 100 M. eingetreten.

Schmerzen der Prozentpatrioten brachte der Zentrumsabgeordnete Speck zur Sprache. Süddeutsche Geschäftsleute sind der Ansicht, daß sie bei der Lieferung für die Flotte und die Kolonien nicht genügend berücksichtigt werden. Was nützt den Leuten ihr Patriotismus, wenn er ihnen keinen Profit einbringt. Admiral Kapelle stellte fest, daß Bayern bei Lieferungen mehr berücksichtigt wird als irgend ein anderer Bundesstaat. Allein für Bekleidungsartikel sind nach Bayern für mehr Geld Aufträge erteilt worden, als von dort Matrikularbeiträge gezahlt werden. Die Verteilung der Aufträge an alle Teile des Reiches gehört zu den Mitteln, um die Flottenbegeisterung wach zu halten, wie der Staatssekretär v. Tirpitz ganz offen zugab. Der Herr verwechselte dabei die Interessen einzelner Lieferanten mit denen des ganzen Volkes.

Wünsche der Arbeiter der Werften brachte Abg. Ledebour (Soz.) zur Sprache. Es seien zwar Lohnerhöhungen eingetreten, aber nicht soweit, daß den gesteigerten Preisen voll Rechnung getragen würde. Eine Regulierung der Löhne sei in so sonderbarer Weise erfolgt, daß manche Arbeiter sich Kürzungen bei ihrem Einkommen gefallen lassen mußten. Lebhafte Klagen haben auch die Heizer vorzubringen. Sehr ausgedehnt auf den Werften ist die Akkordarbeit. Die Arbeiter leiden unter der Antreiberei und Hetzerei bei der Arbeit. Da bei Akkordarbeit in der Regel schlechter gearbeitet wird als in Zeitlohn, hat, wie Ledebour betonte, die Marineverwaltung ein Interesse daran, die Akkordarbeit zu beseitigen, um eine Garantie für möglichst gute Arbeit zu haben. Geh. Rat Harms versicherte, die Verwaltung habe keinen Arbeiter bei der Gehaltsregulierung schädigen wollen. Der Geheimrat vertrat den Standpunkt, auf den Werften müsse in Akkord gearbeitet werden. Staatsbetriebe sollen aber bekanntlich Musterbetriebe sein. Deshalb haben sie die Ausbeutungspraktiken der Unternehmer nicht mitzumachen, wie Ledebour nachdrücklich betonte, der ferner forderte, daß die Verwaltung den Arbeiterausschüssen mehr Einfluß zugestehen solle.

Flottenvereinliches.

In einer Versammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde am Dienstag eifrig in Flottentreiberei gemacht. Staatssekretär v. Tirpitz wurde beschuldigt, daß er lange nicht genug für die Flottenvermehrung tue. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Niederlegung des Protektorats im bayrischen Verband des Flottenvereins durch den Prinzen Ruprecht zur Sprache. Da war es der sehr jugendliche nationalliberale Abgeordnete Stresemann, der dem General Keim die Sympathien des ganzen Flottenvereins aussprach und sich über den künftigen bayrischen Thronfolger das Wort leistete: Es berühre den Verein nicht, wenn Einer da unten in München mit seiner Agitation unzufrieden sei.

Es ist recht amüsant, wie die Hochachtung vor der Monarchie und den Mitgliedern königlicher Häuser bei den nationalliberalen Monarchisten sofort auf den Nullpunkt sinkt, sobald ein Prinz einmal wagt, anderer Meinung zu sein als die regierende nationalliberale Partei, und sobald er den Erwerbsinteressen gewisser Industrieller nicht durchaus entgegenkommt. Herr Stresemann, der junge Mann der sächsischen Industriellen, ist bereit zu wahrhaft republikanischen Neigungen, sobald die Monarchie nur ein wenig von den wüsten Flottentreibereien der Interessenten abrückt.

Blockdrücken.

Seit jeher bekämpft die Sozialdemokratie die wahrhaft kindliche Auffassung, daß der Grad nationaler und patriotischer Gesinnung, der einer Partei zu eigen ist, an der Zahl der Schiffe, Soldaten und Kanonen abzumessen sei, die zu bewilligen sie sich bereit findet. Ganz unerwartete Unterstützung erhält sie jetzt von einem Organ der freikonservativen Scharfmacher, der Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz, die offen ausspricht, daß die im Reich herrschende „nationale" Ausgabenwirtschaft gerade soviel wie „eine große Niederlage" gegenüber dem Ausland bedeute. Die D. V. K. schreibt:

> Uns will es scheinen, daß die Regierung für diesmal ein besonders fühlbares Bestreben bekundet hat, so hohe Mittel für nationale Zwecke zu fordern und daß sie sich auch der Hoffnung hat hingeben dürfen, die geforderten Mittel bewilligt zu erhalten. Sie hat sich durch die konservativ-liberale Paarung den sogenannten Block gesichert, dessen einziger Zweck der sein sollte, die deutsche Nation vor dem Untergang zu retten. Man spricht ja gern von dem nationalen Block. In der vorigen Tagung hat sich dieser Block aber in erster Linie nur als ein vorzüglicher Automat für Bewilligung aller geforderten Ausgaben erwiesen. Warum sollte man damit nicht weiter fortfahren? Versuchen kann man es ja wohl mal, ob der Block auch die Belastung aushält. . . . Aber dann kommt die Deckungsfrage als Katzenjammer hinterher, und da heißt es: Hat man einmal A gesagt, dann sagt man auch B. . . . Besteht der Block die Probe nicht, so wird die Regierung bei der Hand sein, den nicht mitmachenden Parteien den Vorwurf einer antinationalen Gesinnung zu machen, gerade so, wie das Zentrum solchen Vorwurf über sich hat ergehen lassen müssen, obgleich dieses die nationale Schutzpolitik gefördert hat. Dann aber werden wir fast nur noch Parteien haben von antinationaler Gesinnung. Ist nun das aber wohl nötig? Unser Volk kommt nicht mehr zur Ruhe. . . . Wenn wir im Ausland Umschau halten, so finden wir, daß zurzeit keine andere Nation sich in solche vielseitigen Unternehmungen und Ausgaben stürzt wie das Deutsche Reich. Andere Staaten tilgen, indem sie sich bei den Ausgaben weise Beschränkung auferlegen, inzwischen ihre Schuldverbindlichkeiten, wir dagegen machen lustig immer neue Schulden in einer Periode langen Friedens. . . .

Hier ist ganz offen ausgesprochen, daß der „nationale" Block eigentlich weiter nichts als ein Mühlstein am Halse des deutschen Volkes ist.

Ein Automobilunfall der deutschen Gesetzgebung.

Zur bekannten Rede des Prinzen Heinrich schreibt jetzt sogar die zahme Vossische Zeitung:

> Als das Automobilgesetz im Reichstag im Frühjahr vorigen Jahres zuerst beraten wurde, fand es allgemein sympathische Aufnahme; höchstens wünschte man noch einige Verschärfungen nach der Richtung der Bildung von Genossenschaften zum Zwecke der Schaffung einer sicheren Unterlage für die Ansprüche der Geschädigten. **Dann gerieten die Verhandlungen plötzlich ins Stocken, weshalb, hat man authentisch nie erfahren.** Vielleicht kann man der jüngsten Rede des Prinzen Heinrich den Grund dafür entnehmen, weshalb die Regierung vorläufig auf die Sache nicht mehr zurückkommen will.

Das heißt: Weil aristokratische Herren für den Schaden, den ihr Sport an Leib und Leben des Publikums anrichtet, nicht nach der Gesetzesvorlage haftpflichtig gemacht werden wollen, hat eine mächtige Hand in den Gang der Gesetzgebung hemmend eingegriffen. „Untertanen", die sich das ruhig gefallen ließen, verdienten freilich nicht anders eingeschätzt zu werden als die Hunde, Hühner und Gänse, die das Automobil irgend eines hochgeborenen Herrn auf der Dorfstraße überfährt.

Eine Vossische Botschaft.

Die Vossische Zeitung teilt mit: Die Reichsregierung bereitet den Entwurf eines neuen Preßgesetzes vor, das entschieden liberalen Anschauungen entsprechen soll.

Die Vossische Zeitung hat von „entschieden liberalen Anschauungen" ihre eigene Auffassung. Das beweist ihre Zustimmung zu dem Sprachenparagraphen und zu der Polizeiwirtschaft im Vereinsgesetz.

Die badische Amnestie.

Die Karlsruher Zeitung meldet: Der Großherzog hat aus Anlaß seines Regierungsantritts 67 zu Freiheitsstrafen verurteilten Personen durch völliges oder teilweises Nachlassen beziehungsweise durch die Anordnung der vorzeitigen vorläufigen Entlassung oder der vorzeitigen Beurlaubung auf Wohlverhalten nach Verbüßung eines Teiles ihrer Strafen Gnade erwiesen. Unter den Begnadigten befindet sich auch eine wegen Mordes zum Tode und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Person, die nun auf Wohlverhalten entlassen wird. Außerdem hat das Kriegsministerium in 127 Fällen Gnadenakte verfügt.

Preußische oder sächsische Amnestien pflegen etwas anders auszusehen. . . . .

Im Zeichen der „Reform" des Ausnahmeparagraphen.

Magdeburg, 11. Dezember. Gegen unseren Genossen Rechtsanwalt Landsberg ist von der Erfurter Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Landsberg soll in einer Rede in Arnsberg, in der er auf die Verurteilung Liebknechts zurückkam, die Beleidigung ausgedrückt haben.

Das Ausnahmegesetz gegen die Polen. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung der Polenvorlage ist für den Freitag wieder einberufen worden.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beschäftigte sich nochmals mit der Wahl des Abg. Ortel (natl.), der in Thorn mit einer geringen Mehrheit über einen Polen gesiegt hat. Die Kommission hielt eine Reihe Protesteinwände für erheblich und beanstandete die Wahl.

Die Neuauflage. Zu dem am 16. Dezember beginnenden Prozeß Moltke-Harden ist ein weitgehender Zeugenapparat von der Staatsanwaltschaft aufgeboten worden, zu dem unter anderem auch Fürst Philipp Eulenburg-Liebenberg gehört, auf dessen Aussage großer Wert gelegt wird.

Kleine politische Nachrichten. Aus Wien wird berichtet: Die Postbediensteten beschlossen in einer Versammlung, mit der passiven Resistenz einzusetzen. — Die belgische Regierung veröffentlicht die Anlagen zu dem Gesetzentwurf wegen der Uebernahme des Kongostaates. Die sozialistische Kammerfraktion hat beschlossen, ihre Mitglieder zu beauftragen, den Gesetzentwurf in seiner vorliegenden Form zurückzuweisen. — Die Budapester Abendblätter melden, der Präsident des Abgeordnetenhauses Justh hege die Absicht, zurückzutreten wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den beiden Vizepräsidenten über die Leitung der Debatte, die während der Obstruktion der Kroaten ausgebrochen sein sollen. — Aus Canfee City (Vereinigte Staaten) wird gemeldet, daß am verflossenen Sonntag, als dem ersten Sonntag, an dem das neue Sonntagsruhegesetz in Kraft trat, nicht weniger als 150 Perso— wegen Uebertretung dieses Gesetzes protokolliert worden sind. Auch 50 Schaubudenbesitzer sind in Strafe genommen worden. Das Gesetz verbietet jede künstlerische Aufführung an Sonntagen. — In dem Bezirk Pickens im Staate Alabama ist ein Kampf zwischen Weißen und Negern ausgebrochen. Es wird gemeldet, daß 23 Neger getötet, 5 Weiße und viele Neger verwundet worden seien. Die Wohnräume der Neger seien in Brand gesteckt worden. Nach anderen Meldungen ist nur ein Neger getötet worden. — In San Franzisko hat Dalzell Brown, der in Haft genommene Geschäftsführer der Californien-Safe-Trust-Company, Selbstmord verübt. — Die kanadische Regierung hat ihre Vertreter in Europa telegraphisch angewiesen, die Einwanderung nach Kanada in diesem Winter nicht zu ermutigen. — Aus Hongkong wird gemeldet: Die Regierungstruppen haben die von den Ausständischen kürzlich besetzten drei Befestigungen zwischen Lungschow und Bangion nach blutigen Kämpfen, die zwei Tage und zwei Nächte währten, wieder eingenommen. Auf beiden Seiten sind die Verluste groß.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Mißstände im Heere.

Wien, 11. Dezember. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung von Interpellationen erklärt der Landesverteidigungsminister: Gegen drei Artillerie-Instruktoren der Marine sei die Untersuchung wegen Sittlichkeitsverbrechens eingestellt worden. Später sei einer der Instruktoren eines anderen Sittlichkeitsverbrechens überführt und zu der gesetzlichen Strafe verurteilt worden. Gegen einen zweiten sei die Wiederaufnahme der eingestellten Untersuchung angeordnet worden. Der Minister betont, jeder bekannt gewordene Unzuträglichkeit werde der strafgerichtlichen Verhandlung übergeben werden, damit durch unnachsichtliche Strenge und Bestrafung der Schuldigen ein Umsichgreifen der Unsittlichkeit tunlichst verhindert werde.

Bezugnehmend auf die Tötung eines Infanteristen durch einen Korporal spricht der Minister das Gefühl der Entrüstung aus, das die gesamte Armee über diesen geradezu empörenden Vorfall empfindet, und bemerkt, daß die Heeresverwaltung alles aufbiete, um den Soldatenmißhandlungen wirksam zu steuern.

Herabsetzung der Zuckersteuer.

Wien, 11. Dezember. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erledigte heute die Zuckersteuervorlage. Der § 1 der Vorlage, der die Zuckersteuer ein für allemal um acht Kronen herabsetzt, wurde gemäß einem Antrage Sylvester angenommen; ebenso § 2 über die Maßnahmen gegen Preistreibereien in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 1 Stimme. Zu § 3 wurde ein Zusatzantrag Sylvester angenommen, wonach die Verordnung über die Zuckersteuer, sofern sie dem § 1 dieses Gesetzes widerspricht, außer Wirksamkeit tritt. Im übrigen wurde das Gesetz unverändert angenommen.

Italien.

Aus der Deputiertenkammer.

Rom, 11. Dezember. Im Laufe der Verhandlungen wies der Sozialist Bissolati auf die zurzeit in Petersburg vor Gericht stehenden Mitglieder der zweiten Duma hin und entbot unter Beifall der äußersten Linken diesen Kämpfern für die Freiheit seinen Gruß. Ministerpräsident Giolitti erklärte, die Regierung könne sich in keiner Weise diesen Erklärungen anschließen. Sie lege „großes Gewicht" darauf, daß zwischen Italien und Rußland „gute Beziehungen" bestehen, die durch enge Bande der Freundschaft verbunden seien.

Abg. Giacomo Ferri sprach den Wunsch aus, daß nach den Weihnachtsferien sein Antrag über Herabsetzung des Getreidezolles zur Beratung gelange. Der Minister des Innern, Giolitti, erwiderte, wegen der Spekulationen, die auf die Herabsetzung des Getreidezolles rechnen, halte er sich verpflichtet, zu erklären, daß er zwar gegen die „theoretische" Erörterung der Frage nichts einzuwenden habe, sich aber mit aller Entschiedenheit jeder Herabsetzung der Zölle, wenigstens für das laufende Rechnungsjahr, widersetzen werde. (Lebhafter Beifall.) Die Sitzung wurde dann geschlossen.

Spanien.

Die republikanische „Verschwörung".

Madrid, 11. Dezember. Wie der Imparcial meldet, sind infolge einer Haussuchung in den Bureauräumen einer hiesigen Zeitung und in der Wohnung des Direktors der Zeitung Offiziere verhaftet. Es soll sich um eine Verschwörung von Republikanern handeln, an der eine große Zahl von Unteroffizieren beteiligt sein soll.

Der Ministerrat beschäftigte sich heute mit der infolge der Haussuchungen in den Bureauräumen des Journal Sarquito Español vorgenommenen Verhaftung von 16 Unteroffizieren. Entgegen der Meldung des Imparcial erklärte der Kriegsminister die Angelegenheit sei ohne Bedeutung und bestritt, daß es sich um eine Verschwörung gehandelt haben soll. Die Unteroffiziere hätten sich ohne Erlaubnis versammelt. Gleichwohl werden die Verhaftungen vorläufig aufrechterhalten.

Amerika.

Die deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen.

Der Washingtoner Senat beschloß, an Präsident Roosevelt die Aufforderung zu richten, er möchte alle in seinem Besitze befindlichen Schriftstücke, die den Export Deutschlands nach den Vereinigten Staaten zum Gegenstand haben, dem Senat zur Kenntnis vorlegen. Der Zweck dieses Beschlusses sei der, den Beweis dafür zu erbringen, daß die Einfuhr aus Deutschland bedeutend zugenommen habe, während die Ausfuhr nach Deutschland nicht gestiegen sei und daß folglich das Zollabkommen vom 1. Juli d. J. die Tendenz zeige, Deutschland mehr zu begünstigen als die Vereinigten Staaten. Wahrscheinlich würden alle geheimen internationalen Zollverträge der Vereinigten Staaten im Senate einer eingehenden Erörterung unterzogen werden.

Gouverneur Horn vor dem Disziplinargericht.

H. F. Berlin, den 11. Dezember 1907.

Vor dem Disziplinarhof für die Schutzgebiete hat sich heute der bisherige Gouverneur von Togo, Woldemar Horn, wegen Verletzung des Reichsbeamten-Gesetzes zu verantworten, weil er sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, nicht würdig gezeigt habe. Die Staatsanwaltschaft vertritt Geh. Legationsrat Dr. Golimelki, die Verteidigung führt Justizrat Dr. v. Gordon.

Der Angeklagte Horn bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Er sei 1898 Referendar geworden und sei 1901 in das Reichskolonialamt eingetreten. Nach einigen Jahren wurde er nach Kamerun gesandt, wo ihm die Ausübung der Gerichtsbarkeit übertragen wurde. 1902 wurde er zum Gouverneur von Togo ernannt. Er ist Oberleutnant der Landwehr-Kavallerie.

Beisitzer Landgerichtsdirektor Alsmann trägt den

Tatbestand

vor. Daraus ist zu entnehmen: Im März 1903 habe der Angeklagte eine Revisionstour unternommen. In Sokode wurde zu Ehren des Gouverneurs ein

Tanzfest

veranstaltet. Inmitten des Festtrubels wurde bekannt, daß die Stationskasse erbrochen und 750 M. aus ihr entwendet seien. Der Verdacht der Täterschaft fiel auf den Diener des Expeditionsmeisters Poetzsch, den Neger Sebu. Er wurde verhaftet, und da er angab, daß er das gestohlene Geld in dem zwei Stunden von Sokode belegenen Parotau vergraben habe, von zwei schwarzen Polizeisoldaten stark gefesselt nach Sokode transportiert. Dort wurden aber nur 250 Mark in einem Verstecke vorgefunden. Sebu wurde noch in derselben Nacht nach Sokode zurücktransportiert und

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19071212/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG